

NDM

NEUE DEMOKRATISCHE MITTE

GRUNDSATZPROGRAMM

Entwurf 2026

**Nicht links. Nicht rechts.
Lösungen, die funktionieren.**

Inhalt

Präambel

1. Demokratie & Bürgernähe
2. Soziale Sicherheit & Gerechtigkeit
3. Arbeit & Leistung müssen sich lohnen
4. Wirtschaft, Mittelstand & Arbeitsplätze
5. Energie, Klima & Umwelt
6. Migration & Integration
7. Rente, Gesundheit & Pflege
8. Staat, Verwaltung & Infrastruktur
9. Bildung & Zukunftschancen
10. Demokratische Mitte & gesellschaftlicher Zusammenhalt
11. Europapolitik
12. Außenpolitik
13. Verteidigung & Sicherheit

Präambel

NDM - Nicht links. Nicht rechts. Lösungen, die funktionieren.

Die NDM steht für eine neue Politik der demokratischen Mitte.

Wir beurteilen politische Ideen nicht danach, ob sie traditionell als links, rechts, konservativ, liberal oder sozial bezeichnet werden. Entscheidend ist für uns, ob eine Lösung **demokratisch, gerecht, vernünftig, finanzierbar und wirksam** ist und den Menschen sowie der Zukunft unseres Landes dient.

Deutschland braucht keinen weiteren Streit politischer Lager. Unser Land braucht Lösungen.

Wir wollen einen Staat, der den Menschen dient, eine starke Wirtschaft, die unseren Wohlstand sichert, und einen Sozialstaat, auf den sich diejenigen verlassen können, die seine Hilfe wirklich benötigen. Leistung und Eigenverantwortung müssen sich lohnen. Freiheit und Verantwortung gehören für uns ebenso zusammen wie wirtschaftliche Stärke und soziale Sicherheit.

Wir wollen notwendige Veränderungen ermöglichen, ohne Bewährtes allein deshalb abzuschaffen, weil es nicht in eine politische Ideologie passt. Fortschritt muss den Menschen nutzen und darf niemanden zurücklassen.

Wir stehen für einen starken demokratischen Rechtsstaat, für Meinungsfreiheit, Toleranz und gegenseitigen Respekt. Extremismus, Hass und politische Gewalt haben in unserer Gesellschaft keinen Platz - unabhängig davon, aus welcher politischen oder religiösen Richtung sie kommen.

Politik muss wieder zuhören, erklären und nachvollziehbar entscheiden. Bürgerinnen und Bürger sind nicht Zuschauer unseres Staates. **Sie sind der Staat.**

Die NDM will Menschen zusammenbringen, statt sie gegeneinander auszuspielen.

Bürgerpolitik statt Lagerpolitik.

Vernunft statt Ideologie.

Verantwortung statt Versprechen.

Unser Maßstab ist nicht links oder rechts.

Unser Maßstab ist, was funktioniert.

1. Demokratie & Bürgernähe

1.1 Volksentscheide auf Bundesebene

Die NDM will die repräsentative Demokratie durch Elemente direkter Demokratie ergänzen. Bei grundlegenden politischen Weichenstellungen sollen Bürger unter klar geregelten Voraussetzungen auch auf Bundesebene unmittelbar entscheiden können. Menschenwürde, Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit und die freiheitlich-demokratische Grundordnung stehen nicht zur Abstimmung.

1.2 Bürger frühzeitig beteiligen

Bei großen Infrastrukturprojekten und Entscheidungen mit erheblichen Auswirkungen auf eine Region müssen Bürger frühzeitig informiert und beteiligt werden. Beteiligung darf allerdings notwendige Entscheidungen nicht unbegrenzt blockieren.

1.3 Verständliche und transparente Gesetze

Bei wichtigen Gesetzen müssen Kosten, Finanzierung, Nutzen, Auswirkungen auf Bürger und Wirtschaft sowie zusätzlicher Verwaltungsaufwand vor der Entscheidung verständlich dargestellt werden.

1.4 Gesetze auf ihre Wirkung überprüfen

Wichtige neue Gesetze sollen nach einer festgelegten Zeit überprüft werden. Erreichen sie ihre Ziele nicht oder verursachen unverhältnismäßige Nebenwirkungen, müssen sie geändert oder abgeschafft werden.

1.5 Lobbyismus transparent machen

Interessenvertretung gehört zur Demokratie, muss aber nachvollziehbar sein. Wesentliche Einflüsse von Interessenvertretern auf Gesetzgebungsverfahren sollen öffentlich erkennbar sein.

1.6 Politik ist Dienst auf Zeit

Nebentätigkeiten, Einkünfte und Interessenkonflikte politischer Mandatsträger müssen transparent sein. Für problematische Wechsel aus politischen Spitzenämtern in unmittelbar betroffene Wirtschaftsbereiche sollen angemessene Karenzzeiten gelten.

1.7 Verwaltung muss erreichbar bleiben

Digitalisierung soll Behörden vereinfachen. Gleichzeitig muss bei wichtigen Angelegenheiten ein menschlicher Ansprechpartner erreichbar bleiben.

Unser Ziel: Der Staat gehört den Bürgern - nicht den Parteien.

2. Soziale Sicherheit & Gerechtigkeit

2.1 Verlässlicher Sozialstaat

Krankheit, Behinderung, Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit und persönliche Not dürfen Menschen nicht ins gesellschaftliche Abseits führen.

2.2 Unterstützung und Eigenverantwortung

Wer arbeiten kann, soll grundsätzlich zum eigenen Lebensunterhalt beitragen. Der Staat muss gleichzeitig Qualifikation, Kinderbetreuung, Rehabilitation und den Weg zurück in Beschäftigung ermöglichen. Ein menschenwürdiges Existenzminimum bleibt gewährleistet.

2.3 Arbeit muss sich finanziell lohnen

Der Übergang von Sozialleistungen in Beschäftigung muss so gestaltet werden, dass jede zusätzliche Erwerbstätigkeit grundsätzlich zu einem höheren verfügbaren Einkommen führt.

2.4 Sozialleistungen vereinfachen

Leistungen und Zuständigkeiten sollen soweit sinnvoll gebündelt und Antragsverfahren deutlich vereinfacht werden.

2.5 Missbrauch bekämpfen

Vorsätzlicher und organisierter Sozialleistungsmissbrauch muss konsequent verfolgt werden. Gleichzeitig dürfen Menschen, die Unterstützung benötigen, nicht unter Generalverdacht gestellt werden.

2.6 Chancen für Kinder

Kinder sollen unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern Zugang zu guter Betreuung, Bildung, vernünftiger Ernährung, Sport, Kultur und gesellschaftlicher Teilhabe haben.

2.7 Menschen mit Behinderungen

Barrierefreiheit, Mobilität und selbstständige Lebensführung müssen praktisch ermöglicht werden. Hilfsmittel und Unterstützung sollen stärker danach beurteilt werden, wie viel Selbstständigkeit sie tatsächlich ermöglichen.

2.8 Hilfe zur Selbstständigkeit

Rehabilitation, Qualifikation und Wiedereingliederung haben Vorrang, wo sie möglich sind. Wer dauerhaft Unterstützung benötigt, muss sich auf die Gemeinschaft verlassen können.

Unser Ziel: Solidarität und Eigenverantwortung gehören zusammen.

3. Arbeit & Leistung müssen sich lohnen

3.1 Kleine und mittlere Einkommen entlasten

Steuern und Sozialabgaben dürfen normale Arbeit nicht unverhältnismäßig belasten. Die NDM will insbesondere kleine und mittlere Erwerbseinkommen entlasten.

3.2 Mehrarbeit attraktiver machen

Wer freiwillig zusätzliche Arbeit übernimmt, soll davon deutlich profitieren. Wir wollen steuerliche Entlastungsmöglichkeiten für tatsächlich geleistete Mehrarbeit prüfen und schaffen.

3.3 Leistung darf nicht durch Transferentzug bestraft werden

Steuern, Sozialabgaben und der Wegfall staatlicher Leistungen müssen gemeinsam betrachtet werden. Es darf nicht vorkommen, dass zusätzlich verdientes Einkommen fast vollständig durch höhere Abgaben und wegfallende Leistungen aufgezehrt wird.

3.4 Faire Löhne

Menschen müssen von Vollzeitarbeit grundsätzlich leben können. Die Festlegung des gesetzlichen Mindestlohns soll sich an einer unabhängigen, sachorientierten Bewertung der Lohnentwicklung und wirtschaftlichen Situation orientieren.

3.5 Selbstständigkeit stärken

Selbstständige, Freiberufler und kleine Unternehmer brauchen einfache Steuerregeln, weniger Statistik- und Dokumentationspflichten sowie soziale Sicherungssysteme, die ihre besondere Erwerbsform berücksichtigen.

3.6 Arbeit und Familie

Kinderbetreuung und Pflegeangebote müssen so organisiert werden, dass Berufstätigkeit tatsächlich möglich bleibt.

3.7 Ältere Arbeitnehmer

Wer über das reguläre Rentenalter hinaus freiwillig arbeiten möchte, soll dies unter attraktiven steuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Bedingungen tun können.

Unser Ziel: Wer mehr leistet, muss davon auch mehr haben.

4. Wirtschaft, Mittelstand & Arbeitsplätze

4.1 Verlässliche Wirtschaftspolitik

Unternehmen benötigen planbare Rahmenbedingungen. Ständige grundlegende Änderungen bei Steuern, Energie und Regulierung verhindern Investitionen.

4.2 Bürokratie konsequent reduzieren

Für neue bürokratische Verpflichtungen müssen bestehende Belastungen überprüft und möglichst abgeschafft werden. Kleine Unternehmen dürfen nicht mit denselben administrativen Anforderungen belastet werden wie internationale Großkonzerne.

4.3 Genehmigungen beschleunigen

Verfahren benötigen verbindliche Bearbeitungsziele, klare Zuständigkeiten und digitale Abläufe.

4.4 Mittelstand und Handwerk

Handwerk, Familienunternehmen, Selbstständige und Mittelstand bilden einen wesentlichen Teil unseres wirtschaftlichen Rückgrats. Wirtschaftspolitik muss ihre besonderen Bedürfnisse stärker berücksichtigen.

4.5 Unternehmensgründungen vereinfachen

Ein Unternehmen soll weitgehend digital und ohne einen Behördenmarathon gegründet werden können.

4.6 Innovation ermöglichen

Forschung, künstliche Intelligenz, Digitalisierung, moderne Industrie, Medizin-, Energie- und Umwelttechnologien bieten enorme Chancen. Regulierung muss Risiken begrenzen, ohne Innovation grundsätzlich zu verhindern.

4.7 Industrie in Deutschland halten

Energiepreise, Steuern, Infrastruktur und Regulierung müssen international wettbewerbsfähig sein. Abwanderung energieintensiver und strategisch wichtiger Industrien löst weder wirtschaftliche noch ökologische Probleme.

4.8 Solide Staatsfinanzen

Der Staat muss Prioritäten setzen. Schulden können für außergewöhnliche Krisen und sinnvolle Zukunftsinvestitionen gerechtfertigt sein, dürfen aber nicht dauerhaft strukturelle Probleme verdecken.

Unser Ziel: Eine starke Wirtschaft finanziert Wohlstand und soziale Sicherheit.

5. Energie, Klima & Umwelt

5.1 Technologieoffener Klimaschutz

Die Politik soll Ziele vorgeben, aber nicht jede technische Lösung bestimmen. Technologien werden nach Klimawirkung, Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit beurteilt.

5.2 Bezahlbare Energie

Strom und Wärme müssen für Privathaushalte und Unternehmen bezahlbar bleiben. Energiearmut und die Verlagerung von Industrie ins Ausland sind keine erfolgreiche Klimapolitik.

5.3 Erneuerbare Energien sinnvoll ausbauen

Wind- und Solarenergie müssen gemeinsam mit Netzen, Speichern und steuerbaren Erzeugungskapazitäten entwickelt werden. Erzeugung ohne ausreichende Infrastruktur löst das Versorgungsproblem nicht.

5.4 Gebäude

Energetische Sanierung und moderne Heiztechnik wollen wir fördern. Bürger sollen aus geeigneten Technologien wählen können, anstatt durch kurzfristige politische Vorgaben zu wirtschaftlich unsinnigen Investitionen gezwungen zu werden.

5.5 Mobilität

Elektromobilität, effiziente Verbrennungstechnologien, alternative Kraftstoffe und zukünftige Antriebstechnologien dürfen nicht ideologisch gegeneinander ausgespielt werden.

5.6 Kreislaufwirtschaft

Reparatur, Wiederverwendung und Recycling müssen gegenüber unnötiger Verschwendung wirtschaftlich attraktiver werden.

5.7 Natur- und Umweltschutz

Sauberes Wasser, gesunde Böden, Wälder und Artenvielfalt verdienen denselben politischen Stellenwert wie die Reduzierung von Treibhausgasen.

Unser Ziel: Klimaschutz muss funktionieren - technisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich.

6. Migration & Integration

6.1 Schutz und Einwanderung unterscheiden

Humanitäres Asyl und gesteuerte Arbeitsmigration sind unterschiedliche Aufgaben und benötigen unterschiedliche Verfahren.

6.2 Schnellere Asylverfahren

Entscheidungen über Schutzansprüche müssen deutlich schneller erfolgen. Lange Verfahren schaffen Unsicherheit für Schutzsuchende und Staat.

6.3 Schutz für tatsächlich Verfolgte

Deutschland steht zu seinen humanitären und internationalen Verpflichtungen gegenüber Menschen, die tatsächlich Schutz benötigen.

6.4 Konsequenz bei fehlendem Aufenthaltsrecht

Wer nach rechtsstaatlichem Verfahren kein Aufenthaltsrecht besitzt, muss grundsätzlich ausreisen. Freiwillige Ausreise hat Vorrang; wo diese verweigert wird, muss der Rechtsstaat seine Entscheidungen durchsetzen können.

6.5 Qualifizierte Zuwanderung

Menschen, deren Qualifikationen in Deutschland benötigt werden, sollen einfacher legal einwandern und arbeiten können. Ausländische Berufsabschlüsse müssen schneller geprüft werden.

6.6 Integration

Deutschkenntnisse, Bildung und Arbeit sind zentrale Voraussetzungen erfolgreicher Integration. Der Staat muss entsprechende Angebote bereitstellen und von dauerhaft hier lebenden Menschen deren Nutzung erwarten.

6.7 Unsere Rechtsordnung ist verbindlich

Religiöse, kulturelle oder traditionelle Vorstellungen stehen nicht über dem Grundgesetz und den deutschen Gesetzen.

6.8 Integration durch Arbeit

Asylbewerber mit realistischer Bleibeperspektive sollen möglichst früh arbeiten können. Lange erzwungene Untätigkeit verhindert Integration und verursacht unnötige Kosten.

Unser Ziel: Menschlichkeit braucht Regeln - Integration braucht gegenseitige Verantwortung.

7. Rente, Gesundheit & Pflege

7.1 Lebensleistung anerkennen

Wer jahrzehntelang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, muss im Alter angemessen abgesichert sein.

7.2 Rentensystem langfristig sichern

Reformen müssen langfristig geplant werden. Wir wollen eine ehrliche Debatte über Demografie, Beiträge, Steuerzuschüsse, Lebensarbeitszeit und zusätzliche Altersvorsorge.

7.3 Freiwilliges längeres Arbeiten

Menschen, die länger arbeiten möchten und können, sollen dafür finanzielle Anreize erhalten. Ein pauschaler Zwang zu immer längerer Lebensarbeitszeit berücksichtigt unterschiedliche Berufe und Lebenssituationen nicht ausreichend.

7.4 Medizin unabhängig vom Wohnort

Haus- und Facharztversorgung insbesondere im ländlichen Raum muss gesichert werden. Niederlassungen in unterversorgten Regionen sollen attraktiver werden.

7.5 Weniger Bürokratie in der Medizin

Ärzte, Pflegekräfte und Therapeuten sollen mehr Zeit für Patienten und weniger Zeit für vermeidbare Dokumentationspflichten aufwenden.

7.6 Krankenhäuser

Eine Krankenhausreform muss Qualität und Wirtschaftlichkeit verbessern, gleichzeitig aber eine erreichbare Grund- und Notfallversorgung gewährleisten.

7.7 Pflege

Ambulante, stationäre und häusliche Pflege sind gleichwertige Bestandteile der Versorgung. Menschen sollen möglichst selbst entscheiden können, wie und wo sie gepflegt werden.

7.8 Pflegende Angehörige

Wer Angehörige zu Hause pflegt, entlastet das gesamte Pflegesystem. Diese Menschen brauchen bessere Beratung, flexible Entlastungsangebote und soziale Absicherung.

7.9 Rehabilitation

Rehabilitation muss stärker nach dem Grundsatz organisiert werden, Selbstständigkeit und Teilhabe möglichst wiederherzustellen oder zu erhalten.

Unser Ziel: Medizin und Pflege müssen sich am Menschen orientieren - nicht an der Bürokratie.

8. Staat, Verwaltung & Infrastruktur

8.1 Verwaltung vereinfachen

Formulare, Nachweise und Zuständigkeiten müssen reduziert und verständlicher werden.

8.2 Einmal vorhandene Daten nur einmal abfragen

Mit Zustimmung des Bürgers sollen Behörden vorhandene Informationen untereinander nutzen können, soweit Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung gewährleistet sind.

8.3 Digitalisierung mit Wahlmöglichkeit

Staatliche Leistungen sollen digital verfügbar sein. Wer digitale Angebote nicht nutzen kann, muss weiterhin telefonisch, schriftlich oder persönlich Zugang zur Verwaltung erhalten.

8.4 Verbindliche Bearbeitungsziele

Bürger und Unternehmen haben Anspruch darauf, dass Behörden in angemessener Zeit entscheiden. Wo Entscheidungen länger dauern, muss dies nachvollziehbar begründet werden.

8.5 Infrastruktur erhalten

Sanierung und Erhaltung bestehender Straßen, Brücken, Schienenwege und öffentlicher Gebäude müssen stärker berücksichtigt werden. Es ist häufig wirtschaftlicher, vorhandene Infrastruktur rechtzeitig zu erhalten, als sie später vollständig zu ersetzen.

8.6 Digitale Infrastruktur

Schnelles und stabiles Internet sowie leistungsfähige Mobilfunknetze gehören zur modernen Grundversorgung - auch auf dem Land.

8.7 Planen und bauen beschleunigen

Doppelte Prüfungen und unnötige Verfahrensschritte müssen entfallen, ohne Sicherheits-, Umwelt- oder Beteiligungsstandards pauschal abzuschaffen.

8.8 Öffentliche Mittel verantwortungsvoll einsetzen

Großprojekte benötigen realistische Kosten-, Termin- und Risikoplanungen. Kostensteigerungen müssen frühzeitig transparent gemacht werden.

Unser Ziel: Ein moderner Staat muss funktionieren.

9. Bildung & Zukunftschancen

9.1 Grundkompetenzen zuerst

Lesen, Schreiben, Mathematik, Allgemeinbildung und kritisches Denken bilden die Grundlage jeder weiteren Bildung.

9.2 Früh fördern

Sprachliche und schulische Defizite müssen möglichst früh erkannt und gezielt ausgeglichen werden.

9.3 Lehrer entlasten

Lehrer sollen unterrichten. Verwaltungs- und Dokumentationsaufgaben müssen reduziert und soweit möglich von spezialisiertem Personal übernommen werden.

9.4 Berufliche und akademische Bildung gleichwertig behandeln

Meister, Techniker und Facharbeiter sind für unsere Gesellschaft ebenso unverzichtbar wie Hochschulabsolventen.

9.5 Ausbildung stärken

Berufsorientierung muss früher beginnen. Schulen, Handwerk und Unternehmen sollen enger zusammenarbeiten.

9.6 Digitale Kompetenz

Kinder müssen lernen, digitale Werkzeuge und künstliche Intelligenz sinnvoll, kritisch und verantwortungsbewusst einzusetzen. Technik soll Unterricht verbessern und nicht grundlegendes Lernen ersetzen.

9.7 Bildungschancen

Der Bildungsweg eines Kindes darf nicht hauptsächlich vom Einkommen oder Bildungsstand seiner Eltern abhängen.

9.8 Forschung und Wissenschaft

Wissenschaftliche Freiheit und ergebnisoffene Forschung sind unverzichtbar. Politische Erwartungen dürfen wissenschaftliche Ergebnisse nicht bestimmen.

Unser Ziel: Jeder Mensch soll die Chance erhalten, aus seinen Fähigkeiten etwas zu machen.

10. Demokratische Mitte & gesellschaftlicher Zusammenhalt

10.1 Meinungsfreiheit verteidigen

Demokratie benötigt kontroverse Debatten. Auch unbequeme und unpopuläre Ansichten müssen geäußert werden dürfen, solange sie sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen bewegen.

10.2 Keine politische Ausgrenzung demokratischer Bürger

Menschen dürfen nicht allein wegen einer demokratisch vertretenen politischen Meinung gesellschaftlich ausgegrenzt werden. Politische Positionen müssen mit Argumenten beantwortet werden.

10.3 Extremismus konsequent ablehnen

Die NDM bekämpft politischen und religiösen Extremismus unabhängig von seiner ideologischen Herkunft.

10.4 Gewalt ist kein politisches Mittel

Politisch motivierte Gewalt, Bedrohungen und Einschüchterung sind Angriffe auf unsere Demokratie und müssen konsequent verfolgt werden.

10.5 Rechtsstaat durchsetzen

Gesetze gelten für alle. Herkunft, gesellschaftliche Stellung, Religion, Vermögen oder politische Überzeugung dürfen weder Vorteile noch Nachteile bei ihrer Anwendung begründen.

10.6 Freiheit und Sicherheit

Ein handlungsfähiger Rechtsstaat schützt die Freiheit seiner Bürger. Sicherheitsmaßnahmen müssen notwendig, verhältnismäßig und rechtsstaatlich kontrolliert sein.

10.7 Gesellschaft nicht gegeneinander ausspielen

Jung gegen Alt, Arbeitnehmer gegen Unternehmer, Stadt gegen Land, Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte - dauerhafte Politik über gesellschaftliche Gegensätze schwächt unser Gemeinwesen.

10.8 Gute Ideen haben kein Parteibuch

Die NDM wird einen sinnvollen Vorschlag nicht deshalb ablehnen, weil er von einer anderen demokratischen Partei stammt. Wir erwarten dieselbe Bereitschaft zur sachlichen Zusammenarbeit von anderen.

10.9 Kompromiss ist Bestandteil der Demokratie

Politischer Kompromiss bedeutet nicht, seine Überzeugungen aufzugeben. Er bedeutet anzuerkennen, dass in einer Demokratie unterschiedliche Interessen miteinander ausgeglichen werden müssen.

10.10 Politik muss wieder Probleme lösen

Politische Erfolge messen wir nicht an Schlagzeilen, Umfragewerten oder daran, welche Partei einen Vorschlag gemacht hat. Wir messen sie daran, ob sich dadurch etwas verbessert.

Unser Ziel: Nicht links. Nicht rechts. Lösungen, die funktionieren.

11. Europapolitik

11.1 Ein starkes Europa souveräner Staaten

Die NDM steht zur Europäischen Union und zur europäischen Zusammenarbeit. Viele Herausforderungen können europäische Staaten gemeinsam besser bewältigen als allein. Gleichzeitig muss nicht jede politische Aufgabe auf europäischer Ebene geregelt werden. Entscheidungen sollen möglichst dort getroffen werden, wo sie sachgerecht und bürgernah gelöst werden können.

11.2 Europäische Bürokratie begrenzen

Auch die Europäische Union muss ihre Regeln regelmäßig auf Notwendigkeit und Wirksamkeit überprüfen. Europäische Vorschriften dürfen Bürger und Unternehmen nicht unnötig belasten.

11.3 Den europäischen Binnenmarkt stärken

Freier Handel, gemeinsame technische Standards und fairer Wettbewerb innerhalb Europas schaffen Wohlstand und Arbeitsplätze.

11.4 Europa muss wettbewerbsfähig bleiben

Europa darf bei Schlüsseltechnologien nicht dauerhaft von anderen Weltregionen abhängig werden. Forschung, künstliche Intelligenz, Halbleiter, Energie-, Medizin- und Raumfahrttechnologien müssen auch in Europa entwickelt und produziert werden können.

11.5 Gemeinsame europäische Außengrenzen

Freizügigkeit innerhalb Europas funktioniert dauerhaft nur mit wirksam geschützten Außengrenzen. Grenzschutz und Asylverfahren müssen stärker europäisch koordiniert werden.

11.6 Europa näher zu seinen Bürgern bringen

Europäische Entscheidungen müssen transparenter und verständlicher werden. Zuständigkeiten und politische Verantwortung müssen eindeutig erkennbar sein.

Unser Ziel: Ein starkes Deutschland in einem starken Europa.

12. Außenpolitik

12.1 Interessen und Werte miteinander verbinden

Deutsche Außenpolitik muss Frieden, Freiheit, Menschenrechte und internationales Recht unterstützen. Gleichzeitig muss sie die Sicherheits-, Wirtschafts- und Versorgungsinteressen Deutschlands realistisch berücksichtigen.

12.2 Diplomatie hat Vorrang

Politische Konflikte müssen möglichst durch Gespräche, Verhandlungen und internationale Zusammenarbeit gelöst werden. Auch gegenüber Staaten, deren Politik wir ablehnen, müssen Gesprächskanäle grundsätzlich offenbleiben.

12.3 Verlässliche Partnerschaften

Deutschland muss für seine Partner berechenbar und verlässlich sein. Wir stehen zur europäischen und transatlantischen Zusammenarbeit und wollen gleichzeitig gute Beziehungen zu Staaten in anderen Regionen der Welt entwickeln.

12.4 Strategische Abhängigkeiten reduzieren

Deutschland und Europa dürfen bei Energie, Rohstoffen, Medikamenten und Schlüsseltechnologien nicht vollständig von einzelnen Staaten abhängig sein.

12.5 Internationalen Handel erhalten

Deutschland ist als exportorientierte Volkswirtschaft auf internationalen Handel angewiesen. Wir stehen für offenen und fairen Welthandel unter verlässlichen Regeln.

12.6 Entwicklungspolitik nach ihrer Wirkung beurteilen

Entwicklungszusammenarbeit muss sich daran messen lassen, ob sie die Lebensbedingungen der Menschen tatsächlich verbessert. Bildung, Gesundheit, wirtschaftliche Entwicklung und Hilfe zur Selbsthilfe haben Vorrang.

Unser Ziel: Zusammenarbeit, wo sie möglich ist. Klare Haltung, wo sie notwendig ist. Diplomatie, solange sie eine Chance auf Verständigung bietet.

13. Verteidigung & Sicherheit

13.1 Frieden durch Verteidigungsfähigkeit

Unser oberstes Ziel ist die Bewahrung des Friedens. Frieden lässt sich jedoch nicht allein durch gute Absichten sichern. Deutschland muss in der Lage sein, sein Staatsgebiet, seine Bevölkerung und seine Verbündeten wirksam zu verteidigen.

13.2 Verlässlicher Partner in NATO und Europa

Deutschland steht zu seinen Bündnisverpflichtungen. Die NATO bleibt ein zentraler Bestandteil unserer Sicherheit. Gleichzeitig muss Europa zunehmend in der Lage sein, mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit zu übernehmen.

13.3 Eine einsatzfähige Bundeswehr

Unsere Soldatinnen und Soldaten brauchen moderne Ausrüstung, ausreichende Munition, funktionierende Infrastruktur und verlässliche politische Entscheidungen. Entscheidend ist nicht allein die Höhe des Verteidigungshaushalts, sondern welche tatsächliche Verteidigungsfähigkeit damit erreicht wird.

13.4 Europäische Verteidigung stärker koordinieren

Gemeinsame europäische Entwicklung und Beschaffung von militärischer Ausrüstung sollen dort ausgebaut werden, wo dies militärisch und wirtschaftlich sinnvoll ist. Unnötige Doppelstrukturen müssen reduziert werden.

13.5 Auslandseinsätze brauchen klare Ziele

Auslandseinsätze deutscher Streitkräfte müssen eine klare rechtliche Grundlage, ein nachvollziehbares politisches Ziel und eine realistische Strategie für ihre Beendigung besitzen.

13.6 Verantwortungsvoller Umgang mit Waffenexporten

Deutschland braucht klare und verlässliche Regeln für Rüstungsexporte. Sicherheitsinteressen, Bündnisverpflichtungen, Menschenrechte und das Risiko einer Weiterverbreitung müssen berücksichtigt werden.

13.7 Bevölkerung und Infrastruktur schützen

Energieversorgung, Kommunikationsnetze, Krankenhäuser, Wasserversorgung, Verkehrswege und staatliche IT-Systeme müssen besser gegen Sabotage, Cyberangriffe und andere Krisen geschützt werden.

13.8 Zivil- und Katastrophenschutz stärken

Deutschland muss besser auf Naturkatastrophen, großflächige Stromausfälle, Pandemien und andere schwere Krisen vorbereitet sein. Bund, Länder, Kommunen und Hilfsorganisationen benötigen klare Zuständigkeiten, funktionierende Kommunikation und ausreichende Reserven.

Unser Ziel: Frieden braucht Dialog - und Freiheit braucht die Fähigkeit, sie zu schützen.

Der gemeinsame Maßstab der NDM

Wir wollen keinen Staat, der alles regelt. Wir wollen auch keinen Staat, der Menschen alleinlässt.

Wir wollen einen Staat, der dort stark ist, wo er gebraucht wird, und sich dort zurücknimmt, wo Menschen ihr Leben selbst gestalten können.

Wir verbinden wirtschaftliche Vernunft mit sozialer Verantwortung, Freiheit mit Sicherheit, Rechte mit Pflichten und Fortschritt mit Augenmaß.

Wir wollen Bewährtes erhalten, wenn es funktioniert, und verändern, was nicht mehr funktioniert.

Dabei ist uns gleichgültig, aus welchem politischen Lager eine gute Idee ursprünglich stammt.

**Bürgerpolitik statt Lagerpolitik.
Vernunft statt Ideologie.
Verantwortung statt Versprechen.**



Neue Demokratische Mitte

Die Partei der Mitte

Ludwig-Konrad-Straße 27

34537 Bad Wildungen